

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 31

Ersteinst. Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 1. August 1926

Verlagsstelle: Berlin C. 2, Neuer Markt 12 IV
Fernruf: Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

Die Not der Ausgesteuerten.

Die seit Herbst des Vorjahres währende Krise hat für unsere Berufsgruppen eine Arbeitslosigkeit und eine Einschränkung der regulären Arbeitszeit im Gefolge von einem Ausmaß, wie wir es nur während der Stabilisierungsperiode der Währung 1923 auf 1924 zu beobachten Gelegenheit hatten. Damals zeigten sich schon nach wenigen Monaten wieder Anlässe zur Besserung. Bei der gegenwärtigen Depression ist aber leider nicht abzusehen, wann sie einem Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens Platz machen wird. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürften gerade auch die von unserem Verband vertretenen Berufsgruppen wohl noch lange auf stolten Geschäftsgang warten müssen, ja, es ist nicht ausgeschlossen, daß die jetzt zur Arbeitslosigkeit verurteilten Berufsangehörigen teilweise überhaupt kein Unterkommen mehr in dem von ihnen erlernten oder ausgeübten Gewerbe finden werden. Das mag bitter sein für die Unglücklichen, die davon betroffen werden; aber es ist besser, man schaut den Dingen, wie sie sich zu entwickeln drohen, nüchtern und klar ins Angesicht, als daß man sich mit Hoffnungen trägt, die aller Voraussicht nach nicht in Erfüllung gehen werden. Der verminderte Absatz fast aller Produkte der Papier verarbeitenden Industrie ist zurückzuführen auf die verminderte Ausfuhr und die stark geschwächte Kaufkraft der breiten Volksmassen im Inland. Dazu kommen die technischen Neuerungen in dem Produktionsprozeß, die ein übriges tun, daß die Unternehmungen mit weniger Arbeitshänden daselbe produzieren können wie ehemals. Einige weitere Momente, wie die Einführung von Bureaumaschinen usw., bedingen einen minderen Verbrauch an gebundenen Büchern für Handel und Industrie. Eine Krise von mehrjähriger Dauer, wenn auch zeitweilig etwas gemildert, wird es sein, die unsere Berufsangehörigen werden durchmachen müssen.

Den Opfern der Krise von Verbänden wegen die schwere Zeit mit zu überwinden helfen, ist eine selbstverständliche Pflicht der Solidarität. Der Verbandstag in Hamburg sah sich bereits veranlaßt, durch den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen Vor Sorge für die zu erwartende harte Zeit zu treffen. Aber es will scheinen, daß das Geschaffene noch nicht in vollem Umfange genügt, insbesondere für die Mitglieder, die von einer viele Monate währenden Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Bereits auf der Beirats-tagung im März wurde von seiten des Kollegen Hauelsen im Situationsbericht auf das zu Erwartende hingewiesen, und Kollege Lender sagte in seinen Ausführungen zum Kassenbericht, daß man im Hinblick auf die durch die große Arbeitslosigkeit bedingten Leistungen sagen könnte, der Verbandstag habe in bezug auf die Leistungen fast die Grenzen des Möglichen überschritten, da sie mit den Beiträgen kaum noch im Einklang stehen, und wenn die Arbeitslosigkeit noch

weiter an Umfang zunehme, man mit der Möglichkeit der Erhebung höherer Beiträge in irgendeiner Form werde rechnen müssen. Bis jetzt ist es möglich gewesen, mit den geltenden Beiträgen auszukommen, wiewohl aus den geschilderten Verhältnissen heraus die Beitragsleistung einen gewaltigen Rückgang erfahren hat. So sind z. B. im zweiten Quartal 1925 insgesamt 604 669 Beiträge geleistet worden, im ersten Quartal 1926 dagegen nur 440 467, mithin 164 202 Beiträge weniger. Daß ein solcher Ausfall an Beitragsleistung für die Organisation nicht leicht zu tragen ist, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden. Und wäre es nicht möglich gewesen, schon vor dem Hamburg-Verbandstag die Verbandsfinanzen einigermaßen gut zu fundieren, hätte in unserem Verband aller Wahrscheinlichkeit nach das ebenfalls getan werden müssen, was andere Verbände nicht zu umgehen vermochten, nämlich eine Beitragserhöhung vorzunehmen oder Extrabeiträge auszusprechen.

Nun sind infolge der langanhaltenden Arbeitslosigkeit viele unserer Mitglieder aus-gesteuert worden. Die Not ist in den Familien dadurch noch größer geworden, als sie ohnehin schon war. Verschiedensach wurde in den einzelnen Orten versucht, hier helfend einzugreifen, und in manchen Zahlstellen ist man den so schwer betroffenen Mitgliedern in echt kollegialem Geiste tatkräftig beigegeben. Auch an den Verbands-vorstand wurde herangetreten mit dem Ersuchen, für die Ausgesteuerten etwas Besonderes zu tun. Aus den gegebenen Mitteln eine Unterstützungs-aktion durchzuführen in der gedachten Art, ist aber nicht möglich, da der Vorstandsvorstand in erster Linie darauf Bedacht nehmen muß, die statutarisch gewährleisteten Unterstüzungen in vollem Umfange aufrechtzuerhalten.

Der Vorstandsvorstand hat aber, um den Willen der Zahlstellen über eine zentrale Unterstützungsaktion zugunsten der Ausgesteuerten zu erfahren, ein Rundschreiben an sie herausgehen lassen, in dem die Frage gestellt war, ob man sich grundsätzlich mit dem Gedanken befreunden könne, daß ein Extrabeitrag zugunsten der Aus-gesteuerten erhoben werden soll. Das Resultat der Beantwortung ist, daß 49 Zahlstellen mit 10 587 Mitgliedern sich für eine Extrasteuer entschieden und 51 Zahlstellen mit 30 318 Mit-gliedern sich gegen eine solche aussprachen. Bedauerlich ist, daß 81 Zahlstellen mit 6629 Mit-gliedern es nicht für notwendig erachtet haben, eine Antwort zu geben. Da also die Ortsverwal-tungen von 51 Zahlstellen mit 30 318 Mit-gliedern, das sind rund drei Viertel der Mit-glieder, für die eine Meinungsäußerung vorliegt, sich gegen den Plan ausgesprochen haben, dürfte einftweilen die zentrale Regelung nicht durch-führbar sein. Das ist bedauerlich, weil dadurch ein Teil der Ausgesteuerten, der das Reich hat,

solchen Zahlstellen anzugehören, die infolge der geringen Mitgliederzahl und ihrer relativ großen Arbeitslosigkeit für die Ausgesteuerten nichts tun können, der Solidarität der Verbandsangehörigen ganz entbehren muß.

Sehr verlockend wäre es, auf die Gründe einzugehen, die teilweise für eine Ablehnung ins Feld geführt werden. Vielleicht bietet sich Gelegenheit, ein andermal einige markante Aus-lassungen zum Abdruck zu bringen. Andererseits spricht aus den Antworten der Befürworter teils ein von hohem Solidaritätsbewußtsein getragener Geist, von denen wir hier eine Antwort wörtlich wiedergeben wollen:

„... Wiederholt hat sich die Ortsverwaltung mit dieser Frage beschäftigt, haben wir doch 30 aus-gesteuerte Mitglieder (10 Proz. der Mitglieder) am Ort. Unsere Lokalkasse haben wir fast ganz den Opfern der Krise gewidmet und auch in Einzelfällen noch besondere Zuwendungen gemacht. Wir hätten gerne Extrabeiträge erhoben, wenn dem nicht sta-tutarische Hindernisse entgegenstünden. Ein Bericht, durch Sammlungen den Ausgesteuerten zu helfen, reizte nicht zur Nachahmung, wenn auch durch deren Ertrag den Ausgesteuerten eine sehr dank-bar anerkannte kleine Hilfe gewährt werden konnte.

Da ein Ende der Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, begrüßen wir den Vor-schlag des Vorstandsvorstandes auf das freudigste. Die Durchführung wird bitterste Not lindern und die Betroffenen werden in Zukunft freudigere Mit-glieder sein. Auch gewerkschaftliche Gründe sprechen dafür, da das Anbieten der Arbeitskraft um jeden Preis dadurch zu einem Teil verhindert wird. Unorganisierte werden bitter empfinden, daß sie früher nicht den Weg zum Verband finden konnten oder ihn aus nichtigen Gründen verlassen haben.“

So gedacht und gehandelt, wie diese Orts-verwaltung es zum Ausdruck bringt, ist eine Freude wahrzunehmen. Daß dieser Geist Gemeintum aller Zahlstellenverwaltungen wer-den möge, ist sicher ein nicht unberechtigter Wunsch.

Entscheidungen zu unseren Reichstari- fverträgen.

Kartonnagen-Tarif.

Die Reichsarbeitsverwaltung hat das Lohnab-kommen vom 28. Mai durch folgende Entscheidung vom 15. Juli für allgemeinerbindlich erklärt:

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Ver-ordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. S. 67) für allgemeinerbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien

- a) auf Arbeitgeberseite:
Zentralverband Deutscher Kartonnagen-fabrikanten E. V.
- b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Buchbinder und Papierver-arbeiter Deutschlands; Graphischer Zentral-verband.

2. Abgeschlossen am 28. Mai 1926 (Verein-barung). Nachtrag zum Reichstarifovertrage vom 30. Juni 1925.

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Kartonnagenindustrie mit Ausnahme der Faltschachtelindustrie.

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich hinsichtlich der Lohnbestimmungen nicht auf die Provinzen Ober- und Niederschlesien und die Amtshauptmannschaften Annaberg und Marienberg.

6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Juni 1926.

Im Auftrage
Dr. Busse.

Der ADB. zur Wirtschaftslage.

Zu dem sehr interessanten und bedeutungsvollen Referat des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Dr. Syrup, über die Förderung des Arbeiterschutzes, auf das wir gelegentlich noch ausführlicher zurückkommen werden, nahm der Bundesvorstand nachfolgende Resolution einstimmig an:

Der Bundesausschuß nimmt mit großem Interesse davon Kenntnis, daß der dem Arbeiterschutz gewidmete Teil des „Reichsarbeitsblattes“ und mit ihm die Sonderausgabe „Arbeiterschutz“ künftig in erhöhtem Maße dem Verständnis und Gesichtskreis breiter Arbeitnehmerkreise angepaßt werden soll. Da die Durchführung dieser Absicht wesentlich auf der größeren Verbreitung des „Reichsarbeitsblattes“ und der Zeitschrift „Arbeiterschutz“ in Arbeitnehmerkreisen und auf deren Mitarbeit beruht, fordert der Bundesausschuß die ihm angehörenden Verbände auf, in ihren Reihen, insbesondere bei Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitersekretären, für den Bezug des „Reichsarbeitsblattes“ bzw. der Sonderausgabe „Arbeiterschutz“ zu werben und durch Mitarbeit, Gebalten und Anregungen der Arbeitnehmerschaft zu den praktischen Fragen des Arbeiterschutzes den Arbeiterschuttsorganen weiterhin näherzubringen.

Die Selben fordern die Anerkennung als Gewerkschaften.

Die in der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung der Nachkriegszeit liegende öffentlich-rechtliche Bestätigung der Gewerkschaften als den Unternehmern gleichberechtigte Partner beim Abschluß von Tarifverträgen und bevollmächtigte Vertretungen der Arbeitnehmerschaft im Staate hat wiederholt zu Erörterungen geführt über die Frage: Was ist eine Gewerkschaft? Denn wenn die Staatsgewalt Rechte an autonome Organisationen verleiht, muß feststehen, welche Merkmale diese Organisationen tragen müssen, um Anspruch auf den Besitz dieser Rechte erheben zu können. Die Erörterung dieser Frage ist stets abgeschlossen worden mit der Feststellung, daß eine Organisation nur dann als „wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern“ im Sinne der Gesetzgebung — das heißt als Gewerkschaft — angesehen und behandelt werden kann, wenn ihre volle ideelle wie — und das vor allem — materielle Unabhängigkeit von ihrem sozialen Gegenspieler, dem Unternehmertum und seinen Organisationen, erwiesen ist. Diese wichtigste Bedingung wird erfüllt von den Organisationen der drei historisch gewordenen gewerkschaftlichen Bewegungen: den freien Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Sie wird nicht erfüllt von allen Organisationen, die in irgendeiner Beziehung die Gnade und besondere „Anerkennung“ oder gar die materielle Fürsorge des Unternehmertums genießen oder sich gefallen lassen. Diese Eigenschaft besitzen in vollem Umfange die gegenwärtig im „Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkereien“ (RvA.) und im „Reichsbund deutscher Angestellten Berufsverbände“ (RdV.) gleichfalls — sozusagen — zentralistisch zusammengeschlossenen Selben, und der Besitz dieser Eigenschaft schließt für sie den Erwerb jener den echten Gewerkschaften gesetzlich zuerkannten Rechtsstellung aus. Das heißt, sie können weder rechtswirksam Tarifverträge abschließen, noch Vertreter für den Reichswirtschaftsrat und für die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweisämter, noch — in Zukunft — Beisitzernandidaten für die Arbeitsgerichte benennen.

Damit sind diese Organisationen aber mit einem Mangel behaftet, durch den ihr Wert in den Augen und für die Zwecke ihrer geistigen Inspiratoren und materiellen Pfleger, der Unternehmer, be-

deutend herabgesetzt wird. Denn für die Arbeitgeber wäre es ein beträchtlicher Gewinn, wenn in allen Körperchaften, an denen sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen neben den Gewerkschaften beteiligt sind, die Arbeitnehmergruppe mitarbeitender treuen Elementen durchsetzt wäre. Die mit solchem Wirken in diesen Körperchaften verbundene Aufgabe — eine der wichtigsten Aufgaben, die das Arbeitgebertum für sein gutes Geld erfüllt sehen möchte — können die Selben nicht erfüllen, solange sie nicht als „wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitnehmer“ nach den Gesetzen anerkannt sind.

Das Unternehmertum hat also allen Grund, mit dem Erfolg der gelben Bestrebungen höchst unzufrieden zu sein. Und für die Selben selbst ist die Lage, in der sie sich somit befinden, höchst fatal, denn der Mangel, unter dem sie leiden, hindert sie, die Pflichten, die sie für die in ihrer moralischen Sphäre üblichen Gegenleistungen übernehmen haben, ganz zu erfüllen. Daher sind sie mit unvorstellbarem Eifer bemüht, solchen Mangel abzutreiben, indem sie die Anerkennung als Gewerkschaften zu erwerben trachten.

Ein neuer Versuch dieser Art liegt vor in Gestalt einer Eingabe der beiden genannten Zentralen der Selben an Behörden und Parlamente, vom Reichspräsidenten bis zu den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats und Landtags — einer Eingabe, die über „die fortgesetzte Rechtslosmachung von mehr als zwei Drittel der deutschen Arbeitnehmerschaft durch die Arbeitsgesetzgebung zugunsten der Erhaltung eines verfassungswidrigen Monopols der Gewerkschaften“, Klage führt und die Behörden und Parlamente auffordert, solchen „standalösen Zuständen“ endlich ein Ende zu bereiten. Die „standalösen Zustände“ bestehen nämlich — nach der Eingabe — darin, daß infolge der mangelnden Anerkennung der Selben als Gewerkschaften zwei Drittel aller deutschen Arbeitnehmer „rechtslos gemacht“ seien. Zu diesem verblüffenden Resultat kommen die Urheber der Eingabe auf folgende einfache Weise: Sie stellen fest, daß nur ein Drittel der Arbeitnehmerschaft in den Verbänden der drei anerkannten gewerkschaftlichen Richtungen organisiert sei, wobei sie sich der Zahlen von Ende 1924 bedienen, um sich selbst sodann als rechtmäßige Vertretung der restlichen zwei Drittel zu bezeichnen. „Inmitten dieses, mehr als zwei Drittel starken Teils der deutschen Arbeitnehmerschaft stehen RvA. und RdV. als die führenden, nicht auf den gewerkschaftlichen Klassenkampfgedanken eingestellten wirtschaftlichen Arbeitnehmer-Organisationen“, heißt es in der Eingabe.

Dieses Argument ist das einzige, mit dem die Selben ihren Anspruch auf die rechtliche Stellung als gewerkschaftliche Organisation begründen, und dieses einzige Argument — ist auch danach. Es kann nur als Witz gelten und es wird um so weniger jemand überzeugen, als es die Verfasser der Eingabe unterlassen, die „führende“ Stellung der Selben unter den Unorganisierten durch die Mitteilung ihrer eigenen Mitgliederzahlen zu beweisen.

Im einzelnen führt die Eingabe Beschwerde darüber, daß die Selben nicht als tariffähig angesehen werden und zum endgültigen Reichswirtschaftsrat, zu den Arbeitnehmervertretungen nach dem Reichsnotstandsgesetz und zur Einreichung von Vorschlagslisten zur Bestellung der Arbeitergerichtsbeisitzer nicht zugelassen werden sollen. Sie unterlassen es aber, den Grund für ihre Ausschließung von diesen Rechten zu nennen und sie unterlassen es vor allem, den Nachweis zu führen, daß ein Grund zu solcher Ausschließung nicht besteht — das heißt: sie unterlassen es, den Beweis ihrer geistigen und materiellen Unabhängigkeit vom Arbeitgebertum zu erbringen. Das aber ist, wie wir dargelegt haben, der springende Punkt.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieses sehr dürftige geistige Produkt der „führenden“ Selben ohne Eindruck und Wirkung bleiben wird, aber wir wissen auch, daß starke Kräfte hinter ihnen stehen, welche die Anerkennung der Selben weniger öffentlich, aber dafür um so intensiver betreiben. Darum nahmen wir die Eingabe zum Anlaß, um abermals auf jenen springenden Punkt, um den es sich bei der Erörterung dieser Frage handelt, hinzuweisen und zu erklären, daß wir allen Versuchen, abzuweichen von dem Grundsatze, daß nur unabhängige Organisationen als Gewerkschaften im Sinne der Gesetzgebung anerkannt werden können, entschieden widersprechen werden.

„Die wirtschaftliche Lage.“

Referat, gehalten auf dem Gantag der Buchbinder am 27. Juni cr. in Rathenow, von P. Sziklat,
M. d. L.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Eine Welle politischer und sozialer Unruhe geht durch die ganze Welt. Es scheint, als sei die Welt aus allen Fugen. Völker, die jahrhundertlang in nationaler Abhängigkeit lebten, besinnen sich auf ihre nationale Selbständigkeit und versuchen ein staatliches Eigenleben zu führen. Ich verweise auf China, wo ein großes Volk nach politischer und wirtschaftlicher Freiheit trachtet. Die wirtschaftlichen Auswirkungen haben eine soziale Unruhe erzeugt, die sich in allen Ländern in der Nachkriegszeit durch starke Arbeitskämpfe größten Stills bemerkbar macht. Das Gesicht der Welt hat sich vollkommen verändert, nicht nur bezüglich der politischen Grenzen, sondern auch der wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Statt der 22 Staaten, die wir in der Vorkriegszeit in Europa zählten, sind es heute 30 geworden, die alle bemüht sind, ihren nationalen Charakter nach außen zu zeigen und ihn an politischem Einfluß geltend zu machen. Die Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse ist eine Folge der durch die Veränderung der politischen Grenzen herbeigeführten Verschiebung der Rohstoffbasen. So hat z. B. Deutschland einen großen Teil seines Eisenvorkommens an Frankreich abgeben müssen, während Polen große Kohlengebiete von Deutschland erhielt. Eine genaue Betrachtung der durch den Kriegsausgang bedingten wirtschaftlichen Verluste Deutschlands zeigt folgendes Bild.

Unser Land verlor ein Drittel der Kohlenbasis, drei Viertel seines Eisenvorkommens, zwei Fünftel der Hochöfen, sechs der reichsten Provinzen, Elsaß, Lothringen, Posen, Westpreußen, Oberschlesien, Saarland, von denen nur die letzte nach 15jähriger Besatzung das Recht hat, durch Volksabstimmung zu entscheiden, ob sie wieder zu Deutschland zurückkehren will. Außer diesen angeführten wirtschaftlichen Kräfteverlusten mußten wir zum großen Teil auf unsere Handelsflotte, unsere ausländischen Anlagen und Kolonien verzichten. Bei dieser außerordentlichen Schwächung des wirtschaftlichen Kraftzentrums muß Deutschland andererseits heute eine größere Anzahl Einwohner auf kleinerem Raum ernähren. Wir zählen heute 62,5 Millionen Einwohner, mit Saargebiet 63,25 Millionen, in einem 6—7 Proz. kleineren Deutschland. Hinzu kommt, daß auch die Zahl der erwerbstätigen Deutschen außerordentlich gestiegen ist. Bei normaler Entwicklung würden wir nach den statistischen Feststellungen zirka 27 Millionen Erwerbstätige in Deutschland zu verzeichnen haben, während es in Wirklichkeit nach sorgfältigen Schätzungen heute 33 Millionen sind. Es ist selbstverständlich, daß bei einer derartigen Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur unseres Landes die Existenzbedingungen außerordentlich erschwert sind, nicht nur für den einzelnen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. Zu dem kurz gekennzeichneten Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse der deutschen Republik kommt noch die Belastung durch die Folgen des verlorenen Krieges, die ihren Niederschlag gefunden hat in dem politisch stark umkämpften Dawesabkommen. Mögen die Meinungen über den Dawesplan verschieden sein, es ist jedenfalls nicht zu bestreiten, daß erst seine Annahme die deutsche Wirtschaft nach den Wirren der Inflationszeit vor dem vollkommenen Zusammenbruch gerettet hat. Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands ist es aber unumgänglich notwendig, einen Blick auf die finanziellen Auswirkungen des Dawesplanes zu werfen. Nach den letzten Ausweisen des Generalkommissars für Reparationszahlungen ist in der Zeit vom September 1925 bis April 1926 von Deutschland die Summe von 735,28 Millionen Mark auf Reparationskonto eingezahlt worden. Darunter befinden sich 350 Millionen Mark von der Reichsbahn, 170 Millionen Mark aus dem Haushalt, reichlich 151 Millionen Mark aus der Beförderungssteuer, 62,5 Millionen Mark aus der Industrie. Zugunsten der einzelnen Reparationsberechtigten Länder sind in den acht Monaten aus der Reparationskasse folgende Beträge verwendet worden:

Frankreich	359 668 789,37
Britisches Reich	144 465 785,16
Italien	43 434 988,62

Belgien	75 661 704 55
Serbisch Kroatisch Slow.	
Staat	22 444 471,40
Andere Länder	12 426 419,80
	658 102 158,90

Sie sehen also aus diesen wenigen Zahlen, wie stark die Belastung der deutschen Volkswirtschaft ist, die, wenn sie überhaupt getragen werden kann, nur bei vollkommener ungeförter Arbeit von Industrie und Landwirtschaft möglich erscheint. Wir müssen aber leider feststellen, daß Handel und Wandel in Deutschland außerordentlich ins Stocken geraten sind und eine wirtschaftliche Krise sondergleichen unser Volk bedrückt. Es sind die verschiedenartigsten Gründe, die den wirtschaftlichen Zustand der gesamten Welt verschuldet. Während des Krieges sind in den einzelnen Staaten der uns bekämpfenden Mächte Industrien entstanden, die heute, nachdem sie auf dem Weltmarkt konkurrieren sollen, infolge ihrer geringen technischen Erfahrung und Durchbildung dazu nicht in der Lage sind. Kein Land will aber nun diese mühselig aufgezüchteten Industrien wieder zugrunde gehen lassen und angewiesen sein auf den Bezug ausländischer Produkte, sondern versucht, die Lebensfähigkeit seiner neugegründeten und auch altbestehenden Industrien durch eingeführten Schutz Zoll zu ermöglichen. So sehen wir, daß sich in Europa alle Staaten mit einer riesigen Schutzollmauer umgeben und so den wirtschaftlichen Warenaustausch der Länder untereinander außerordentlich erschweren. Ein Keil treibt den anderen, und so verzeichnen wir z. B., daß auch Amerika, eines der hochschutzzöllnerischen Länder, die Absicht zeigt, auf die Einfuhr deutscher Eisenwaren Sonderzölle zu erheben, als Antwort auf die Schutzolltendenz unserer Industrie. Wenn es auch gelungen ist, Amerika von diesem Schritt abzubringen, so sehen wir doch, wie der Wahnsinn des Schutzolls immer stärker Besitz nimmt von den wirtschaftlich Verantwortlichen der einzelnen Länder und letzten Endes die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Welt nur vermehrt anstatt sie zu vermindern.

Aber auch die Veränderung der Struktur und des Bedarfs der Weltwirtschaft sind als Ursachen der wirtschaftlichen Krise nicht zu vergessen. Wir sehen wie z. B. die Kohle in außerordentlich starkem Maße durch das Öl verdrängt wird, so daß mancher politische Kampf seinen Untergrund findet in dem Bestreben, möglichst große Flächen der Erde mit Ölvorkommen als Besitz des einzelnen Landes zu verzeichnen. All die politischen Schwierigkeiten zwischen England und der Türkei um Mosul, Irak usw. finden hierin ihre Erklärung. Ein Blick auf die Statistik zeigt uns die veränderte Lage in der Struktur und dem Bedarf des Weltmarktes. Die Brennstoffgewinnung in der Welt entwickelte sich wie folgt: Es betrug die Gewinnung an

Steinkohlen		Erdöl	
1913 1,21 Milliarden To.	1913 52,9 Millionen To.		
1921 0,97 " To.	1921 107,5 " To.		
1924 1,17 " To.	1924 140,8 " To.		

Es betrug danach die Brennstoffgewinnung bezüglich der Steinkohle 1924 96 Proz. der Friedensförderung, während die Erdölgewinnung, wenn man die Friedensgewinnung mit 100 bezeichnet, auf 266 Proz. gestiegen ist. Diese Veränderung bedingt auch, daß man zurzeit versucht, durch Verflüssigung der Steinkohle auf chemischem Wege eine erleichterte Verwendungsmöglichkeit der Steinkohle zu schaffen. Der englische Kohlenarbeiterstreik hat letzten Endes auch in dieser Verschiebung des Bedarfs der Weltwirtschaft an Kohle seine Ursachen. Während England in der Vorkriegszeit vom Bedarf der Welt an Kohle, der damals ungefähr 900 Millionen Tonnen betrug, 290 Millionen Tonnen lieferte, ist heute Amerika starker an der Befriedigung des Weltkohlenbedarfs beteiligt als England, daß eine Verminderung seines Lieferungsanteils am Bedarf der Welt um 30 Proz. zu verzeichnen hat.

(Schluß folgt.)

Der ADB. zur Gesolei-Ausstellung.

Auf der Düsseldorfer Bundesausstellung haben die Gewerkschaften auch zur Gesolei-Ausstellung Stellung genommen. Leipzig wies einleitend darauf hin, daß die große Ausstellung der Stadt Düsseldorf bestimmend war für die Wahl des Tagungsortes. Aber nicht Schaulust führe die Vertreter der Gewerkschaften zur Ausstellungsstadt, sondern der Bundesausstufung

will durch seine Anwesenheit das starke Interesse der Gewerkschaften am Gegenstand dieser Ausstellung bekräftigen und zugleich die Grüße der Arbeiterschaft der Stadt Düsseldorf und der Ausstellung übermitteln. Zum Zeichen seines Interesses nahm dann der Bundesvorsitz folgende Entschließung debattelos an:

„Die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen hat den Bundesausstufung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, seine den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und des Unfallschutzes dienende Tagung in Düsseldorf abzuhalten. Der Bundesausstufung begrüßt das großartige und bedeutungsvolle Werk dieser Ausstellung, an deren Entstehen die gleichen Ideen mitgewirkt haben, die auch von den Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft vertreten werden. Körperliche und geistige Gesundheit, sozialer Schutz der Arbeitskraft, Fürsorge für Hilfsbedürftige, alle diese dem Volksganzen dienenden Bestrebungen sind stets auch Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften gewesen. Wenn daher der Bundesausstufung das Zustandekommen dieser Ausstellung als einen Beweis der Stärkung dieses sozialen Geistes würdigt, so gibt er zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch in schlimmeren Zeiten dieser Geist nicht verloren gehen wird, sondern daß die Bedeutung des Menschen in der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Erhaltung und Pflege der Arbeitskraft mehr als bisher erkannt werden wird. Nicht zuletzt erwartet der Bundesausstufung diese Erkenntnis von den zuständigen Regierungsstellen und von der parlamentarischen Vertretung, die bei der Verabschiedung sozialpolitischer Gesetze die Verantwortung für des Volkes Gesundheit und Wohlergehen auf sich nimmt.“

Mehr Opferinn.

Im Anschluß an die Umfrage des Verbandsvorsitzes, ob die Zahlstellen zur Unterfütterung der immer größer werdenden Zahl von Ausgesteuerten bereit sind, einen Extrabeitrag zu erheben, hat der Verbandsvorsitz durch Umfrage festzustellen versucht, wie viele von den arbeitslosen Mitgliedern bereits ausgesteuert sind. Das Ergebnis der Umfrage ergibt ein geradezu erschütterndes Bild des ungeheuren Elends und der Not unserer Kollegenschaft. Wurden doch insgesamt 3410 Kollegen und Kolleginnen ermittelt, die vom Verband keine Arbeitslosenunterstützung mehr beziehen, und zwar 1325 Kollegen und 2085 Kolleginnen. Dabei fehlen aber an diesen Berichten noch 41 Zahlstellen mit 6500 Mitgliedern, die nach der letzten Arbeitslosenstatistik noch 1400 Arbeitslose hatten. Ergänzt man daher die obige Ziffer der Ausgesteuerten prozentual, so ergibt sich, daß wir gegenwärtig rund 4000 ausgesteuerte Mitglieder haben. Die Frage nach der Dauer der Arbeitslosigkeit ergab folgendes Resultat:

Von den zurzeit arbeitslosen Mitgliedern sind				
arbeitslos:				
Zeitraum	männlich	weiblich	zusammen	
bis 3 Monate	780	1240	2020	
über 3 bis 6 Monate	704	1401	2105	
" 6 " 9 "	480	973	1453	
" 9 " 12 "	65	113	178	
" 12 Monate "	34	76	110	
Zusammen	2063	3803	5866	

Es waren also 1500 Mitglieder ein halbes bis dreiviertel Jahr arbeitslos, während 110 sogar über ein Jahr ohne Beschäftigung waren.

Es ist ein furchtbares Elend, das aus diesen Zahlen spricht, und lebhaft bedauern muß man, daß die große Mehrzahl der Zahlstellen es abgelehnt hat, im Interesse des immer größer werdenden Kreises der Ausgesteuerten einen Extrabeitrag von etwa 10 bis 20 Pfennig zu zahlen.

Gewiß, es soll nicht verkannt werden, daß wir nach den letzten Feststellungen neben den 8400 Arbeitslosen noch 17 110 Kurzarbeiter hatten, also kaum die Hälfte voll beschäftigt war, und daß weiter von diesen voll Beschäftigten ebenfalls viele eine Zeit der Kurzarbeit durchgemacht haben. Aber selbst dieses alles zugegeben, muß man doch lebhaft bedauern, daß nicht mehr Opferinn unter der Kollegenschaft vorhanden ist. Trotz der schweren Krise haben wir doch noch immer tausende Berufsangehörige, männliche sowie weibliche, sowohl Zeittelohn- wie Akkordarbeiter, die immer noch den tarifmäßigen Lohn und weit darüber verdienen. Mehr Opferinn, mehr Kollegialität! Das möchte man angesichts des Festschlages

der vom Verbandsvorsitz eingeleiteten Hilfsaktion der Kollegenschaft zureufen. Vergesse doch nicht: Wenn ihr heut in festen Stellungen steht, daß ihr vielleicht schon morgen ebenfalls zu dem großen Heer der Arbeitslosen zählt und denselben Lebensweg wie die Ausgesteuerten gehen müßt. Wie dringend not tate darüber hinaus auch eine Hilfe Tausenden von Kurzarbeitern, die oft schlechter als die Arbeitslosen dastehen. Aber nichts kann mehr für sie geschehen, denn nach dem Ergebnis dieser Umfrage sind dem Verbandsvorsitz gewisse Hände gebunden, er muß die Tausende in tiefer Not Siehenden ihrem traurigen Schicksal überlassen, kann ihnen nicht helfen. Denn die ordentlichen Beiträge langen kaum hin, um die vom letzten Verbandstag stark erhöhten statistischen Unterstützungen aufrecht zu halten.

Die Mahnung, mehr Opferinn zu zeigen, scheint uns aber durchaus berechtigt, wenn wir Vergleiche mit anderen Organisationen, insbesondere mit dem Buchdruckerverband ziehen. Dort zahlt man 1,60 Mk. pro Woche, zu dem noch erhebliche Lokalauslagen kommen, so daß zum Beispiel der Berliner Buchdrucker jetzt 2,80 Mk. Beitrag pro Woche zahlt. Unsere Kollegen in den Druckereien, die doch denselben Lohn wie die Buchdrucker bekommen, würden es aber als eine kaum zu tragende Belastung ansehen, wenn man ihnen zumutete, nur 2 Mk. oder 2,50 pro Woche zu zahlen. Stellen wir überhaupt einen Vergleich zwischen unseren Löhnen und denen der Buchdrucker, so werden wir finden, daß sie meistens nicht erheblich von einander abweichen. Denkt man weiter daran, daß tausende Akkordarbeiter und -arbeiterinnen selbst in geschäftslausen Zeiten noch weit über den Tariflohn verdienen, so kommt man doch zu dem Ergebnis, daß unsere Kollegenschaft fast ganz den Opferinn vermissen läßt, der bei den Buchdruckern gang und gäbe ist, und der jetzt im Interesse der Ausgesteuerten auch uns so dringend not tate. Wohl gibt es auch bei uns einige Zahlstellen, wo die Mitglieder sehr hohe Beiträge zahlen, das sind aber nur wenige Ausnahmen. Ausnahmen, die allerdings beweisen, daß auch in unseren Kreisen eine doppelt so hohe Beitragsleistung möglich ist, wenn die Mitglieder tatferne dazu erzogen werden. Man hat vor 30 Jahren ein großes Lamento angestimmt, als der Beitrag für männliche Mitglieder von 25 auf 30 Pf. erhöht werden sollte und eine „Massenflucht der Mitglieder wegen der zu starken finanziellen Belastung“ prophezeit, und heute glaubt man noch immer dieselben Argumente ins Feld führen zu können, nachdem man immer wieder und wieder die Erfahrung gemacht hat: Je höher die Beiträge, desto höher die Leistungen und desto mehr seuffelt man die Mitglieder an die Gewerkschaften. Sorgen wir also dafür, daß unsere Mitglieder zur höheren Beitragszahlung erzogen werden zum Segen der Allgemeinheit und des einzelnen.

Buchbinderinnungen gegen Regiebetriebe.

Ein allgemeiner Vorstoß gegen die Regiebetriebe ist von den verschiedenen Buchbinderinnungen in der letzten Zeit auf ihren Verbandstagen unternommen worden. Bei dem Verbandstag der Buchbindermeister Bayerns behandelte Herr Starke-München dies Thema und auch auf dem Verbandstag westfälischer Buchbinderinnungen entfeffelte dieser Punkt eine lebhaft Diskussion. Auf dem Verbandstage selbständiger Buchbinder der Provinz Sachsen geiffelte Herr Obermeister Buch in Magdeburg die Zustände beim Magistrat Magdeburg. Dort seien jetzt schon 28 Buchbinder beschäftigt, welche den ortsansässigen Meistern die Arbeit nehmen. Als ein Beispiel der Mißwirtschaft führte er an, daß der Dezernent den Etat mit 200 000 Mk. veranlagt hätte, während in Wirklichkeit 800 000 Mk. herausgekommen seien. Dr. Kalkmann verfiß sich sogar zu der kühnen Behauptung, daß die Regiebetriebe nur den Zweck verfolgten, Beamte zu versorgen. Für die letztere Behauptung den Beweis zu erbringen, dürste Herr K. allerdings wohl ziemlich schwer fallen.

Es ist ja das gute Recht der Innungen, gegen tatsächliche oder vermeintliche Mißstände der Regiebetriebe sich zu wenden, aber schließlich werden auch sie erkennen müssen, daß diese Kommunen und staatlichen Behörden das selbe Recht wie große industrielle Unternehmungen haben, nämlich: je nach ihren Bedürfnissen und Können Nebenbetriebe für Buchbinder- oder Kartomagenarbeiten einzurichten.

Unsere Ehrenurkunde.

Es ist eine alte und schöne Gepflogenheit bei den Gewerkschaften, ihrer Mitglieder ehrend zu gedenken, welche eine gewisse längere Reihe von Jahren ihnen die Treue gehalten haben. Und wer seine 25 Jahre Mitglied der Gewerkschaft ist, hat ein Stück Verbandsgeschichte miterlebt; freut sich, wenn er an diesem Gedenktage einen Blick zurückwerfen kann auf die Zeit, als er in die Reihe der Kämpfer trat und bei einem Vergleiche mit dem einst und jetzt klar erkennt, wie viel in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit durch die gewerkschaftlichen Kämpfe für das Wohl der Arbeiterschaft errungen worden ist. So auch in unserem Verband. Als wir im Jahre 1913 erstmalig die Jubilare feiern konnten, die in fünfundzwanzigjähriger treuer Mitgliedschaft dem Verband die Treue gehalten hatten, waren es ausnahmslos jene alten Kämpfer, die an der Wiege des Verbandes Parte gestanden hatten, ihn bei der Offenbacher Tagung Ostern 1885 aus der Taufe gehoben hatten und meistens in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes bereits als Vorkämpfer der Arbeiterbewegung unermüdet und unerschrocken für sie tätig waren. Bei der ersten Feier der Jubilare 1913 war es die Geschichte des Verbandes, die ihnen als Ehrengabe überreicht wurde. Die Geschichte der Organisation, an deren Aufbau sie alle so tatkräftigen Anteil hatten und in der ihre Namen vielfach für immer verewigt waren. Dann kam der Krieg und mit ihm neben vielen anderen furchtbaren Folgen das Gespenst der Inflation. Als dann unsere Verbandsgeschichte zur Reize ging, war es schon infolge der beginnenden Inflation unmöglich, die Geschichte neu drucken zu lassen. Man ließ daher ein in mittelalterlicher Holzschneidart hergestelltes Diplom drucken, das in einfachem, aber trotzdem geschmackvoll gehaltenen Kartonomschlag den Mitgliedern „in Würdigung 25jähriger treuer Mitgliedschaft“ gewidmet wurde. Rund 1200 Kollegen und Kolleginnen sind in den letzten Jahren damit beehrt worden.

Als jetzt der Rest der Diplome zur Reize ging, konnte der Vorstand wieder daran denken, ein Diplom den Mitgliedern zu überreichen, welches der Würde unseres Verbandes mehr entspricht. Diese Aufgabe ist ihm durchaus gelungen. Das neue Diplom, von dem kürzlich die ersten Exemplare hergestellt wurden, ist eine rotbraune Ganzleinenmappe, die auf der Vorderseite in einem von breitem Goldrahmen umschlossenen Felde die Worte „Ehrenurkunde“ und „Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands“ enthält. Das Diplom selbst ist eine Zeichnung von Kirchbach, auf deren Vorderseite man im oberen Feld zwei Buchbinder sieht, von denen der eine an der Handpresse, der andere an der Feilade arbeitet, während im Hintergrunde Schneidemaschinen und Bergoidepressen als typische Attribute des Berufs zu sehen sind. Auf der unteren Hälfte der Titelseite sieht man links eine Cule auf einem Stoh Bücher, rechts das Buchbinderwappen, und zwischen beiden Darstellungen unser Titel „Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands“. Auf dem rechten Blatt des Diploms befindet sich dann die eigentliche Widmung mit folgenden Worten „Dem Mitgliede... in Würdigung fünfundzwanzigjähriger Treue zum Verband gewidmet“ sowie Datum und Unterschrift des Verbandsvorstandes. Das ganze ist sehr geschmackvoll gehalten und sauber ausgeführt und schon die ersten ausgegebenen Stücke haben in Kollegentreisen eine sehr gute Aufnahme gefunden. Man darf sogar ohne Uebertreibung sagen, daß der Vorstand mit diesem Diplom geradezu etwas Vorbildliches geschaffen hat, das auch in anderen Gewerkschaftsreisen zweifellos Anklang finden wird.

Aber alle, welchen diese Ehrenurkunde überreicht wird, mögen eingedenk sein, daß sie gegeben wird, den alten zur Ehr' den Jungen zur Behr'!

Mensch und Technik.

Mit der kapitalistischen Produktionsweise ist nicht nur die menschliche Arbeit in anteillos zu verrichtende Arbeit herabgewürdigt, sondern der Mensch selbst ist zu einem seelenlosen Werkzeug einer ungeheuren Maschinerie geworden. Ein ununterbrochenes Hasten und Jagen nimmt den Menschen von heute gefangen. Geldverdien ist vielfach die einzige Lösung. Der Tanz um das goldene Kalb reizt einen großen Teil der heutigen Menschheit in ihren Bann. Mißgunst, Habgier, Haß und Neid sind die Folge. Alle guten Eigenschaften, jeder tiefere Sinn des menschlichen Lebens wurden von jenen unterdrückt. Der ungeahnte Fortschritt in der heutigen Technik, der den Menschen Erleichterung ihres Daseins bringen sollte, hat den Menschen zu einem gepeinigten Sklaven der Maschine gemacht.

Da erscheint ein Buch zur rechten Zeit, das einen Angestellten des Bundes der technischen Angestellten und Beamten zum Verfasser hat: „Mensch und



Unseren alten Kämpfern!

Hoch habt ihr die Fackel gehalten und vor dem Erldischen bewahrt. Im Kampf mit finstern Gewalten zeigtet ihr gute Art.

Nun habt ihr sie uns übergeben und schaut den Weg zurück. Kampf war euer Leben, Kampf ist Glück.

Wir tragen die Fackel weiter, bis heller Tag überm Land. Zu Trost jedem Weider, zu Dank jedem ehrsichen Streiter: Hier unsere Hand!

Karl Bröger

Technik“). Der heutige Mensch trinkt an einem unheilvollen Dualismus. Der intellektuelle Geist hat sein Leben in eine materialistische Zweckwelt gedrängt, in der die Gefühlswelt unserer Ahnen keinen Platz mehr hat.“ So heißt es im Vorwort des Buches.

Die Arbeit war es, die den Menschen jenen höheren Flug ins Geistige tun ließ und ihn verstärkte. Die Arbeit, das Arbeitspiel der ersten wirtschaftlich tätigen Menschen, hat den ersten Gemeinschaftsgeist aufleben lassen. Die Arbeit ist auch die Grundlage aller späteren Gemeinschaften gewesen. Wer sehen will, muß erkennen, daß alle wirklich schöpferischen Gemeinschaften in der Arbeit des Menschen gewurzelt haben. „Noch heute stehen wir ergreifen vor den Zeugen der mittelalterlichen Werkkunst. Vor den Kirchenbauten, vor ihrer Schöpfung verblasen die Schöpfungen unserer modernen Technik. Der Hauch des Arbeitsgeistes einer seelisch verbundenen Menschengemeinschaft strömt noch heute auf uns nieder, wenn wir uns in den Anblick eines Domes, eines Münsters oder einer Kirche versenken. Der ganze Jammer unserer Zeit enthält sich uns, wenn wir dagegen feststellen müssen, wie nahe den heutigen Menschen beim Anblick eines modernen, großen Gebäudes die Fragen liegen, „was es gekostet haben mag“ oder „welche Firma es gebaut hat“ oder

*) J. Grüttrupp, Mensch und Technik. Industriebeamtenverlag, Berlin NW 40. Halbleinen 3,50 M.

„wieviel Kapital“ es verschlungen hat, ob „es sich rentiert“. Das Gespenst aus erzwungener Lohnarbeit und erprehter Dividende grinst uns aus allen Schöpfungen unserer Zeit entgegen.

Nicht Kulturziele sind es, um deretwillen gearbeitet wird, sondern die Befriedigung der Profitgier. Der Geist der modernen Zeit wird vom Erwerbssinn diktiert. Es ist der kalte Drang nach materiellem Reichtum. „Die nüchterne Zahl, die kapitalistische Rentabilität ist zum Beherrscher des menschlichen Wirkens geworden. Auch der Mensch wird nach seinem materiellen Vermögen gewertet, nach Aktien oder nach der Rentabilität seiner Arbeitskraft. Die Wertung des Kapitalisten nach der Summe aus den Ziffern seiner Bestätmer, die Wertung des Arbeiters nach Leistungen nicht eines besetzten Wesens, sondern wie einer Maschine. Der Hochdruck der kapitalistischen Erwerbsgier, erzeugt in den Börsen und Banken, pflanzt sich fort bis in alle Zellen des Volkstlebens, in die Orte der Arbeit und des Genusses, bis an den letzten Arbeiter, in das Atelier des Künstlers, in die Studierstube des Gelehrten und in das Arbeitszimmer des Ingenieurs. Aus allen Poren des Volkstörpers bringt das Gift niedriger Habsucht hervor. Wie eine ungeheure Tragik für die Menschheit erscheint es uns, daß auch der schöpferische Mensch seine Kräfte in den Dienst des Nur-Geschäftemachers hat stellen müssen. Wie die Handarbeit ist auch die schöpferische Kopfarbeit zur erkauften Dienarbeit für den allbeherrschenden Kapitalismus herabgewürdigt worden. So enthüllt sich der Kapitalismus als ein aus kleinsten Anfängen des Handels herausgewachsenes Riesengeschäft, dessen einziger Zweck ein profitbringender Handel mit Dingen, Tieren und Menschen und dessen einziges Ziel das für die menschliche Seele wertlose Anhäufen materieller Güter ist.“

Es ist ein erhabendes Zeugnis für die moderne Arbeiterklasse, daß in ihr noch Reste eines idealen Menschentums lebendig sind. Die Solidarität, das gegenseitige Zusammenstehen, sind die stärksten Waffen, die dem übrigen Teil der Menschheit vollständig fremde Begriffe sind. Und das macht auch die Unbesiegbarkheit der Arbeiterbewegung aus. Wohl ist es richtig, daß auch in den Reihen der Arbeiterklasse Neid und Mißgunst Einzug gehalten haben, daß auch bei ihnen sich Ansätze der kapitalistischen Erwerbsgier bemerkbar machen. Doch im großen und ganzen ist es immer noch die Arbeiterklasse, von denen am reinsten die besseren Eigenschaften der Menschen ausstrahlen. Freuen wir uns dessen und hören wir, was Grüttrupp als das Gegenteil feststellt: „Noch herrscht der Mensch erst scheinbar über die Naturkräfte, nur scheinbar hat er die außerhalb seines Wesens wirkenden Naturkräfte in seine Dienste

gezwungen. Während er glaubte, sie zu lenken, haben sie über die Menschskraft hinauswachsende Eigenkräfte gewonnen und beherrschen ihn als Maschine, Technik, Wirtschaft. Geblendet von ihrer Herrlichkeit sieht der Mensch nicht, wie sie ihn in den Bahn eines Wachstums und in ein Jagen nach inhaltslosen Phantomen hineingetrieben haben. Wie eine Gottesgabel hebt die Sucht nach materiellem Besitz die Menschen aufeinander.“ Und weiter: „Die Rentabilitäts- und Buchergespenster, die Böllner, deren Schatten hinter jedem Schraubstock, hinter jeder Maschine, hinter jedem Kohlenwagen stehen, müssen erst aus dem Tempel der Arbeit verjagt werden — dann wird die Arbeit zum Sakrament des Alltags werden können.“

Mensch und Technik, zwei ungeahnte Begriffe. Mit Hilfe der Technik vermochte der Mensch seinen Reichtum an materiellen Gütern, an den Genüssen des Lebens ins Ungemeine zu steigern. Und doch oder gerade deshalb hungern Millionen, sind in Deutschland mehr als zwei Millionen Menschen ohne Arbeit. Der Reichtum, den die Technik hervorbrachte, hat also nur einer Klasse, der der Besitzer der Produktionsgüter, Nutzen gebracht. Wahren wir deshalb unseren Idealismus, unsere Solidarität, die ethischen Teile der Arbeiterbewegung und kämpfen wir dafür, daß der maßlose Reichtum, den die Technik der Menschheit beschert, allen Menschen zugute kommt.

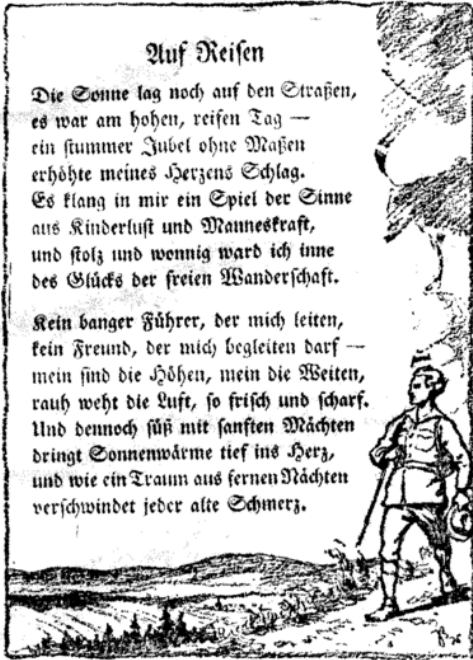
Der Jüngling genießt der Gegenwart weit weniger, als der Alte der Vergangenheit, zumal wenn solche schön gewesen ist.

UNSERE JUGEND

Auf Reisen

Die Sonne lag noch auf den Straßen,
es war am hohen, reifen Tag —
ein stummer Jubel ohne Masen
erhöhte meines Herzens Schlag.
Es klang in mir ein Spiel der Sinne
aus Kinderlust und Manneskraft,
und stolz und wenig ward ich inne
des Glücks der freien Wanderschaft.

Kein banger Führer, der mich leiten,
kein Freund, der mich begleiten darf —
mein sind die Höhen, mein die Weiten,
rauh weht die Luft, so frisch und scharf.
Und dennoch süß mit sanften Nächten
dringt Sonnenwärme tief ins Herz,
und wie ein Traum aus fernen Nächten
verschwindet jeder alte Schmerz.



Der Bundesausschuss an die Jugend.

Es war ein glücklicher Gedanke des ADGB, mit der Tagung des Bundesausschusses in Düsseldorf zugleich auch den Gewerkschaftsjugendtag für Rheinland, Westfalen und Lippe dorthin einzuberufen. Die gewaltigen Massen, die dem Rufe gefolgt waren, sprechen am deutlichsten für den freudigen Widerhall, den der Gedanke bei der Jugend fand. Allen, die den 10. und 11. Juli in Düsseldorf am Jugendtage teilnahmen, wird die Tagung ein Erlebnis gewesen sein, an das sie noch lange gern zurückdenken werden.

Für uns besonders erfreulich und überraschend war die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der graphischen Jugend. Waren doch in der Versammlung im Ritteraal der Tonhalle an 900 Jugendliche der vier graphischen Verbände erschienen, die gespannt und mit stichtlichem Interesse den Ansprachen der vier Vertreter der graphischen Verbände lauschten. Für die Buchdrucker sprach deren erster Vorsitzender **S c i h**, während **H a u e i s e n** für unsern Verband die Ansprache hielt. Der Verbandstassierer **V o d a h l** sprach in Vertretung des Vorsitzenden Bucher für den Verband der graphischen Hilfsarbeiter, nach welchem dann der Verbandsvorsitzende **H a f** eine stark begeisternde und anfeuernde Ansprache an die gesamte graphische Jugend richtete.

Die über alles Erwarten gut gelungene Versammlung hat bewiesen, daß es auch im graphischen Gewerbe mit der Jugendbewegung rüstig vorwärts geht.

Auch der Bundesausschuss hat zu dem Jugendtag Stellung genommen und faßte am zweiten Verhandlungstage einmütig den Beschluß, den Jugendtag mit folgendem Aufruf zu begrüßen:

„An die deutsche Arbeiterjugend!

Die deutschen Gewerkschaften können auf eine Geschichte von nahezu acht Jahrzehnten zurückblicken. Aber es sind kaum vierzig Jahre verlossen, seit die Gewerkschaften aus unscheinbaren, kaum beachteten örtlichen Organisationen zu den mächtigen Zentralverbänden wurden, die in allen Städten und Gemeinden jetzt einen großen Teil der gesamten Arbeiterkraft in ihren Reihen vereinen.

Die besten und weitblickendsten Elemente der deutschen Arbeiterschaft sind in den Gewerkschaften zusammengeschlossen. Männer und Frauen, die nicht nur ihrem eigenen Vorteil nachjagen, sondern im Bunde mit ihren Kameraden — einer für alle und alle für einen — sich und den kommenden Geschlechtern Raum

für ein freies, nach außen gesichertes, den großen Kräften sittlicher und geistiger Kultur erschlossenes Leben erkämpfen wollen.

Tieferlebte Solidarität unter den Arbeitsbrüdern und Schwestern ist die sittliche Macht, der die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung verdankt. Generationen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben, mitgerissen von diesem Geist opferwilliger Kameradschaft, begeistert von der großen Idee einer Wirtschaft, die von dem Grundfaß der Solidarität mit allen in ihr Tätigen beherrscht sein soll, unter harten Entbehrungen und schweren Kämpfen ihre ganze Kraft eingesetzt für einen großen Gedanken.

Niemand wußte, ob dieser Gedanke jemals Wirklichkeit werden würde. Die herrschenden Gewalten, die Gesamtheit der Unternehmer, der Staat, die Kirche, alle waren verbündet gegen den Aufstand der Armen und Enterbten, der im vergangenen Jahrhundert begann. Feinde ringsum und keinen Helfer als die eigene Kraft und den leidenschaftlichen Glauben an die Zukunft, in der auch der Arbeiter Mensch sein darf, frei von den drückendsten Sorgen des Alltags, heimatberechtigt in seinem Lande, dessen gewiß, daß nicht schon der nächste Tag ihn und die Seinen mittellos der äußersten Not überantworten wird.

Dieser unbeirrbare Glaube der vergangenen Generationen hat den Weg ins Freie gebahnt. Im Vergleich zu der Zeit, in der das Deutsche Reich gegründet wurde, ist ein gewaltiger Wandel in den Beziehungen von Kapital und Arbeit eingetreten. Die Alleinherrschaft der Unternehmer im Betrieb ist gebrochen. Ihre Vorherrschaft in Staat und Wirtschaft ist bedroht. Die Organisation der Arbeit, die in den Gewerkschaften erstanden ist, hat in jähem jahrzehntelangem Angriff den übermächtigen Gegner auf vielen Gebieten in die Defensive gebrängt. Es kann niemand mehr im Ernst bezweifeln, daß die Zeit vorüber ist, in der das Kapital allein den unbefristeten Anspruch erheben konnte, die Wirtschaft zu organisieren. Die Arbeit und ihre Vertreter, die Gewerkschaften, treten im ganzen Bereich der Wirtschaft mit dem Anspruch auf, gleichberechtigt an den Fragen der Wirtschaftsführung mitzuwirken.

Der große Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner siegreichen Durchführung des gleichen leidenschaftlichen opferbereiten Willens, wie er die ältere Generation besetzte. Das junge Geschlecht muß das begonnene Werk der im Dienst der Bewegung ergrauten Männer und Frauen fortsetzen und vollenden.

An euch, an die Gewerkschaftsjugend überall in Deutschland, wendet sich deshalb der Bundesausschuss, an euch, als die Bannerträger der Zukunft, als die Erben des von den Vätern errungenen Bestes:

Seid euch der großen, durch eine ruhmvolle Kampftattribution, durch die Treue und den Opferinn von Millionen Arbeitern gebilligten Aufgabe bewußt, deren Durchführung eurem Geist, eurem Willen anvertraut ist. Behauptet euch, wie die alten Kämpfer es getan, jedem Widerstand zum Trotz. Gebt allen, die dem großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und zielbewußter Kraft.

Dann kann und muß euch, den Jungen, die ihr noch in der Blütezeit des Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwunges beginnen. Dann wird die Zeit anbrechen, in der ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und eurer besonnenen Pflüge anvertraut hat: jene echte Freiheit des einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft, durch das Wohl des Volkes begrenzt wird, jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder einzelne sich als dienendes Glied dem Ganzen einordnet.“

Die Ausbildung der Arbeiterjugend.

Die Arbeitslosigkeit mit ihren besonders ernstlichen Gefahren für den Nachwuchs hat die Öffentlichkeit wieder auf das wichtige Problem der Ausbildung der Arbeiterjugend aufmerksam gemacht. Die Ausbildung der Lehrlinge in den Fabriken und die Weiterbildung des ausgebildeten jugendlichen Arbeiters ist sowohl für die Zukunft der deutschen Wirtschaft

wie für die Hebung des Arbeiterstandes von gar nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Um so unverständlicher ist, daß die reichsgesetzliche Neuregelung der Lehrlingsausbildung immer wieder verschleppt worden ist. Da die Wirtschaftskrise nicht ewig dauern, sondern im Laufe dieses Jahres hoffentlich eine Hebung des Beschäftigungsgrades einsehen wird, muß die Berufsausbildung der „Jugendlichen“, d. h. der Jugend vom 14. bis 18. Lebensjahr, endlich gesetzlich neu geordnet werden. Der Gesetzentwurf über die Lehrlingsausbildung ist im Reichsarbeitsministerium so gut wie fertiggestellt. Der Entwurf, an dem neben dem Arbeitsministerium auch das Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministerium beteiligt sind, ist aufgebaut auf den von den freien Gewerkschaften schon auf dem Nürnberger Kongress zur Lehrlingsausbildung aufgestellten Richtlinien und auf verschiedene von anderer Seite gekommenen Anregungen. Er ordnet die Ausbildung auf allen Gebieten und macht einen, wenn auch zunächst nur schätzharnen Versuch zur Einbeziehung der unausgebildeten jugendlichen Arbeitskräfte. Der Entwurf stellt ein Rahmengesetz dar. Die Ueberwachung und Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen — der Angelpunkt des ganzen Gesetzes — soll partikatisch den Unternehmern und Arbeitern in die Hand gegeben werden. Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt, den Gesetzentwurf, wenn irgendmöglich, in der nächsten Zeit vor das Kabinett zu bringen.

Infolge des Geburtenausfalles während des Krieges wird in zwei bis drei Jahren scharfer Mangel an jugendlichen und vor allem sachlich ausgebildeten jugendlichen Arbeitskräften auftreten. Das ist ein weiterer Grund, durch eine großzügige gesetzliche Regelung der Lehrlingsausbildung die Voraussetzungen für die Heranbildung einer Arbeiterelite in der deutschen Wirtschaft zu sichern. Die Neuordnung der Berufsausbildung des jugendlichen Arbeiters muß eine Neufundamentierung der gesamten Arbeiterbildung schlechthin bringen. Nur von einer tüchtigen Berufsausbildung aus wird der Arbeiter imstande sein, über das Gebot seiner Alltagsarbeit hinaus mit Verständnis in die allgemeinen Fragen der Wirtschaft und des Lebens einzubringen. Die Arbeiterschaft, für die bei dem Berufsausbildungsgesetz sehr viel auf dem Spiele steht, muß dafür sorgen, daß für ihren Nachwuchs der Weg zu einem neuen höheren Arbeitertypus freigemacht wird; der trotz aller Amerikanisierung der Wirtschaft kein bloßes Mädchen in einer Maschine, sondern ein selbständiger Sinn und Bedeutung, der eigenen Arbeit verlehender und erlebender, selbstbewußter, freier Mensch sein wird.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Am 30. Juni d. J. wurde der 5. Lehrgang, der unter der Leitung des Herrn Dr. Michel stand, beendet. Neun Monate lang waren hier Männer und Frauen aus der Arbeiterbewegung beisammen zu ernstem, geistigem Schaffen, zum Wohle der Arbeiterklasse. Freudig gaben sie sich dem Studium hin. Wenn es auch manchmal schwer fiel, so versuchte doch jeder die Fülle der sozialen Erscheinungen zu begreifen, aus ihnen Erkenntnisse zu ziehen, mit deren Hilfe er den Kampf der Arbeiterklasse erfolgreicher zu führen in der Lage ist. Wenn auch die Akademie durch ihren Hochschulcharakter nicht die Möglichkeit zu einem engverknüpften Gemeinschaftsleben bietet, so waren doch alle Schüler ein einheitliches Ganzes, fühlten sich verbunden mit ihren Arbeitsbrüdern; denn alle waren ja getragen von dem Gedanken des notwendigen Kampfes und der Befreiung der Arbeiterklasse. Zu diesem Zweck waren alle ja auch nach Frankfurt gekommen.

Nun sind sie wieder in ihre Heimat, dorthin zurückgekehrt, wo der Ruf ihrer Organisation sie hieherbeordert hat. Still und unermüdet wird nun jeder an seinem Plätzchen wirken und schaffen; die gesammelten Erkenntnisse und das Wissen, das ihnen in den neun Monaten geboten wurde, mitbringend

anwenden. Die deutsche Arbeiterschaft kann stolz auf die Akademie der Arbeit sein, denn sie ist zweifellos die Krone des deutschen Arbeiterbildungswezens. Alljährlich können hier Männer aus dem Arbeitsleben sich einer hochschulmäßigen Ausbildung hingeben, das Mittelzeug und das Wissen aneignen, das im Kampfe um die soziale Höherstellung der Arbeiterschaft benötigt wird. Die Aufgabe der Akademie ist es ja auch, in der Gemeinsamkeit von Dozenten und Schüler die Welt der Arbeit zu erforschen, die Arbeit als sozialen Faktor zu untersuchen und dem Schüler den Blick für die Dinge des Lebens zu öffnen. Sie will, kurz gesagt: Heranbildung von verantwortungsvollen Kräften zur Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Selbstverwaltung.

Der Lehrplan der Akademie umfaßt die Gebiete: Wirtschaftskunde, Wirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik, Staatslehre und Politik, Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik, sowie das umfangreiche Gebiet des Rechts, der Rechtspflege unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsrechts.

Die Lehrmethode gliedert sich in die Arbeitsgemeinschaften, die Vorlesungen und die Seminare. In den Arbeitsgemeinschaften wird der Hörer eingeführt in die Ordnungen des sozialen Lebens. Es werden die Fragen geklärt, welche in den Vorlesungen unklar geblieben sind. Die Seminare dienen dazu, Spezialgebiete zu behandeln, dem Schüler Möglichkeit zur selbständigen, wissenschaftlichen Arbeit zu geben.

Der wöchentliche Unterricht belief sich auf 30 bis 35 Stunden. Insgesamt wurden in dem 5. Lehrgang 893 Stunden Unterricht abgehalten. Im einzelnen wurden aufgewendet für Wirtschaftskunde 136, für Wirtschaftslehre 32 und für Wirtschaftspolitik 54 Stunden, für das Recht und die Rechtspflege im allgemeinen 78, für Arbeitsrecht 165 Stunden, für Gesellschaftslehre 97, für Gesellschaftspolitik 21 Stunden. Ferner wurden aufgewendet für Arbeitsgemeinschaften 115 Stunden, für Seminare 103 und für Beschäftigungen 17 Stunden.

Der Verbandszugehörigkeit nach gehörten von den 50 Schülern des 5. Lehrgangs neben den beiden Mitgliedern unseres Verbandes noch je 5 dem Buchdrucker-, Eisenbahner-, Fabrikarbeiter- und Holzarbeiterverbande an. Vom JdU. waren 4 und je 3 Mitglieder vom Baugewerksbund, Metallarbeiterverband sowie dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, während auf 11 weitere freien Gewerkschaften noch je 1 bis 2 Mitglieder entfielen. Außerdem hatten die christlichen Gewerkschaften noch 5 Mitglieder entandt.

Die Akademie zu erhalten, gehört mit zu den Aufgaben der Gewerkschaften. Jeder klassenbewusste Proletarier muß deshalb dazu beitragen, die gesellschaftliche Macht der Gewerkschaften zu stärken, damit der Stützpunkt, der Staat und die Gewerkschaften, erhalten bleiben, auf dem die Akademie ruht. Denn wenn die Position des einen Pfeilers, nämlich die Gewerkschaften, schwach wird, ist auch damit der demokratische Staat gefährdet und infolgedessen auch die Akademie der Arbeit, die in der Bourgeoisie vorgeschobene Bastion in dem Kampf um eine neue, soziale Ordnung.

Erich Pollak.

Zühreklus für die Gewerkschaftsjugend.

Der zweite Kursus für die Leiter der freigewerkschaftlichen Jugendgruppen des Bezirks Rheinland und Westfalen fand vom 13. bis 19. Juni in der verfallenen Jugendherberge bei Recklinghausen statt. Es waren schöne Tage, die wir, etwa 70 Jugendliche, darunter ein Buchbinder, daselbst verlebten. In Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften wurden die Fragen behandelt, die die augenblickliche Wirtschaftslage, aber vor allem die Gewerkschaftsjugend betreffen.

Ueber die „Ursachen und Auswirkungen der augenblicklichen Krise“ sprachen Dr. Seelbach-Düsseldorf und Franz Bogt-Bochum. H. Meier-Annen und E. Arnold-Düsseldorf behandelten „Die geschichtliche Entwicklung der Arbeit und der Arbeiterorganisationen, insbesondere der Gewerkschaftsbewegung“. Ueber die Unternehmerorganisationen sprach Triem-Bochum, über „Die Stellung des Arbeiters im neuen Deutschland“ Dr. Meyer-Düsseldorf. Die Jugend-

fragen, wie Jugend und Gewerkschaft, Jugend in der Gesetzgebung, Gewerkschaften und die Berufsschule, Jugendpflege des Staates, die Not der Jugend, die bürgerliche und proletarische Jugendbewegung und die Praxis der gewerkschaftlichen Jugendarbeit behandelten die Jugendsekretäre Matzke-Berlin, Meier-Annen und Triem-Bochum. Außerdem war auch der Arbeiterdichter Bruno Schönlant erschienen, der außer Vorlesungen auch Beispiele und Anregungen gab für die Ausgestaltung von Festen. Die oft sehr rege geführten Arbeitsgemeinschaften und Diskussionen zeigten, daß den aufgeworfenen Fragen von den Teilnehmern großes Interesse entgegengebracht wurde.

Doch nicht nur ernste Arbeit wurde geleistet. In den Pausen fand sich die Jugend zu Spiel und Volkstanz zusammen, und eine Halbtagswanderung führte uns in die Haardt. Neben der Bildungsarbeit wurde auch praktische Erziehungsarbeit geleistet. Durch das achtstägige Zusammensein und die

Der nächste Krieg

wird sich in Todesstille abspielen. Durchbrochen nur von dem Rechen und Stöhnen und Schreien Blinder und Verbrannter. Kriege der Vergangenheit waren Konflikte zwischen Artillerie und Ingenieuren. Plumpse Quelle mit plumpen Werkzeugen, nicht sehr verschieden von denen, die Napoleon, Grant und Moltke benutzten. Kriege der Zukunft werden heute noch unausdenkbar schauerliche Kämpfe sein, geführt von ättischen Herren mit Augengläsern. Sie werden in Laboratorien sitzen und über Täler, Gebirge, Armeen, Flotten und große hilflose Städte Miasmen des Todes austreten lassen; Giftmiasmen, die nicht nur den Körper zerstören, sondern den Geist zerfetzen durch Furcht und starre Angst vor dem Unbekannten. Miasmen von flüssigem tödlichem Gift, das wie Regen aus den Wolken fällt. Wie ein Sumpffieber breitet über weite Ebenen Gift sich aus, das in der Höhle mittels Luftdruck zur Entladung gebracht wird, vollständig geräuschlos, und es wird zum Meister der Welt.

Edwin C. Hill im New York Herald.

Einteilung in Tischgruppen, die wiederum gemeinsame Arbeiten verrichteten, wurde bei allen Teilnehmern das Gemeinschaftsgefühl in hohem Maße gewekt.

In einer Aussprache über den Erfolg der Woche, in der die volle Befriedigung der Teilnehmer sowie der Wille, im Sinne der hier gegebenen Anregungen in allen Jugendgruppen zu wirken, zum Ausdruck kam, fand der Kursus mit dem Gesang der „Internationalen“ seinen Abschluß.

Mancher schied nur ungerne und alle werden oft noch zurückdenken an diese Woche des gemeinsamen Schaffens und Erlebens.

H. L., Bielefeld.

Jugendwohlfahrtspflege und Krankenkassen

Die Gesetzgebung der Nachkriegszeit hat sich in Anbetracht der Latsche, daß der heranwachsenden Jugend durch die Schäden des Krieges und der nachfolgenden Inflationszeit die Entwicklungsmöglichkeiten sowohl in geistiger als auch in körperlicher Beziehung stark beeinträchtigt sind, auch des Gebietes der Jugendwohlfahrtspflege annehmen müssen. Die Einrichtungen und Maßnahmen, die zum Schutze der Jugend geschaffen worden sind, haben sich aber, wenn auch der gute Wille nicht verkannt werden soll, doch nicht so auswirken können, wie es vielleicht beabsichtigt war. Die Ursache dürfte in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sein, die nur halbe Maßnahmen zuließen und so die Auswirkungen auf ein Minimum herabdrückten. Es kann auch nicht verkannt werden, daß durch die herrschende Wohnungsnot von vornherein die Erfolge beschränkt waren.

Wie man nun aus den Veröffentlichungen der Presse, namentlich in letzter Zeit, entnehmen kann, ist die Ausbreitung der Volksleiden (Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten) gerade bei den Jugendlichen in

einem Maße erfolgt, das nicht nur zu Bedenken Anlaß gibt, sondern auch Ursache sein sollte, sich mit aller Energie der Bekämpfung dieser nicht notwendigen Uebel zu befassen. Es sind da vielerlei Möglichkeiten gegeben, die, wenn sie rationell angewendet werden, bestimmt Erfolge zeitigen müssen. Die Verschickung von Jugendlichen zur Erholung aufs Land und die Unterbringung in Heilanstalten sind die hauptsächlichsten Mittel, deren man sich heute bedient. Wenn auch zugegeben werden soll, daß dadurch zweifellos Erfolge erzielt worden sind, so sind doch aber andererseits Zweifel daran zu hegen, ob diese Erfolge auch dauernd sein werden, wenn man sich nur die Lebensverhältnisse vieler dieser Jugendlichen betrachtet. Es dürfte hier nicht wesentlich anders liegen wie bei den Erwachsenen, die eine vierteljährliche Heilstättenkur durchmachen und dann wieder zurück in staubige Fabriksäle und schlechte Wohnungen müssen, so daß der Erfolg der Maßnahme tatsächlich in Frage gestellt ist.

Anderer geeignete Maßnahmen gibt es nur sehr wenige, die zum Teil noch nicht einmal auf ihre Wirksamkeit erprobt worden sind. Auf der anderen Seite ist jedoch zu bedenken, daß die dafür ausgegebenen Mittel nur dann zweckmäßig angewandt sind, wenn sie dauernde Erfolge zeitigen. Gerade bei den Jugendlichen ist es möglich, unter Aufwendung nicht all zu hoher Summen Einrichtungen zu schaffen, die bessere Erfolge versprechen. Dazu gehört vor allen Dingen eine gute Ernährung, die in den meisten Fällen den Kindern von den Eltern nicht gegeben werden kann. Dann aber auch muß darauf gesehen werden, daß die Kinder tagsüber in eine geeignete Umgebung kommen, die ganz anders als die Straßen der Städte geeignet ist, das Wachstum zu fördern. Diese beiden Maßnahmen sind nicht an die Jahreszeit gebunden, sondern können immer ausgeführt werden. Bei Bereitstellung ausreichender Mittel dürfte es nicht schwer sein, Schulspeisungen und sogenannte Waldschulen oder Tageserholungsstätten für Kinder zu schaffen, die im ganzen Jahre betrieben werden können. Die Aufbringung der Mittel dürfte kaum allzu schwer sein, wenn alle in Betracht kommenden Beteiligten sich von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugen. Dazu gehören auch die Krankenkassen, die später, wenn die Jugend ins Erwerbsleben tritt, aus ihren Reihen ihre Mitglieder erhalten. Wenn dann dieser Mitgliederbestand aus gesundheitlich Anbrüchigen besteht, so sind die für diese aufzuwendenden Leistungen erheblich höher als die, die die Krankenkassen zur Vorbeugung für die Jugendlichen ausgeben. Es sind auch bereit in dieser Richtung viele Krankenkassen vorwärts gegangen. Es ist nun zu hoffen, daß diese Bewegung weiter um sich greift, da nur so die Gewähr gegeben ist, daß der Gesundheitszustand unserer heranwachsenden Jugend so gehoben wird, daß in Zukunft die dafür aufzuwendenden Mittel immer geringer werden.

Aussehen der Lehrlinge.

E. Nach Ansicht der Unternehmer, Handwerkskammern und Innungen ist der Lehrvertrag kein Arbeitsvertrag, sondern ein Erziehungsvertrag. Der Lehrling fällt daher nicht unter die Verordnung über die Tarifverträge. Dieser Ansicht sind die meisten Gerichte beigetreten, was wir im Interesse der Lehrlinge und des einheitlichen Arbeitsrechtes bedauern. Wenn aber die Unternehmerverbände diese Ansicht vertreten, dann müssen sie auch die damit verbundenen unangenehmen Folgen auf sich nehmen. Der Unternehmer darf den Lehrling bei Arbeitsmangel nicht aussetzen lassen oder werkseurlauben, da die Arbeit des Lehrlings ja nicht als solche angesehen wird. Der Meister hat den Lehrling als z u b i l d e n, und dazu ist zur Zeit der schlechteren Geschäftslage die günstigste Gelegenheit. Tritt nur der Fall ein, daß die Arbeiter eines Betriebes aussetzen müssen oder werkseurlaubt werden, dann muß der Unternehmer, wenn er wirklich auch für Lehrlinge keine Beschäftigung hat, dem Lehrling die festgesetzte tarifliche oder mit dem Erziehungsbeschlüssen vereinbarte Vergütung trotzdem ausfolgen. Auf anderweitige Abmachungen mit dem Unternehmer einzugehen, muß abgeraten werden. Allerdings kann zwischen Beherrern und dem Erzieher des Lehrlings eine Aenderung vereinbart werden. Dazu besteht aber gar keine Veranlassung.

Wellpappenkartons anstatt Holzklisten.

Daß unsere heute verhältnismäßig recht unbedeutende Wellpappenindustrie noch stark entwicklungs-fähig ist, lassen die Ausführungen in einem Artikel des Journals für Buchbinderei deutlich erkennen. wonach in Amerika die Holzkliste von der Wellpappe immer mehr verdrängt wird. Die Wellpappschachtel wird dort schon um deswegen bevorzugt, weil sie an und für sich weniger Rohmaterial als eine Kiste verbraucht und somit als ein bedeutend wirtschaftlicheres Verpackungsmittel anzusehen ist. Zweitens ist die Wellpappenverfandliste bedeutend leichter als eine Holzkliste und kostet darum auch weniger Fracht. Sie wird den Kunden von den Fabrikanten flachliegend geliefert, nimmt also sehr wenig Platz ein und ist immer fertig, um gepackt zu werden. In Amerika werden die meisten Verandklisten auch in zwei Farben gedruckt, sind somit auch ein vorzügliches Reklamemittel. Auch in England und Schweden sind beträchtliche Einrichtungen schon getroffen und mit Recht wird in dem Artikel betont, daß die deutsche Industrie in Gefahr kommt, ins Hintertreffen zu kommen, wenn sie sich jene Erfahrungen nicht bald zu nütze macht.

Ganz besonders wichtig ist, daß die amerikanische Wellpappe feuchtigkeitsfest ist. Dies wird dadurch erzielt, daß das Rohmaterial bereits in der Papierfabrik mit Wasserergas imprägniert wird. Dann wird für die Wellpappe ein qualitativ sehr kräftiges und widerstandsfähiges Rohmaterial verwendet. Die gewellte Lage besteht gewöhnlich aus sehr guten Strohhalfkartons, die äußere Lage selten aus dem gleichen Material, meistens aus gegauftstem Duplexkarton. Solche Wellpappenverandklisten werden jetzt bis zu einem Inhalt von 40 Kilo angefertigt und zugelassen. Zum Verkleben der Schachteln wird übrigens auch stets Wasserergas verwendet.

Es dürften auch noch einige andere Angaben über viele Spezialschachteln interessieren, die in Amerika aus der Wellpappe hergestellt werden. So gibt es u. a. große Schachteln zum Verpacken von gläsernen Lampenglocken bis zu den allergrößten Sorten. Die unterste Glocke wird auf einem, aus Wellpappe bestehenden Sockel angeordnet, und zwischen den darüber liegenden Glocken befindet sich auch immer eine Wellpappenschicht. Dann werden z. B. Lampenzylinder zu 144 Stück in einer Schachtel verpackt, selbst für lebende Blumen in Blumentöpfen sind Wellpappenschachteln ausgeklügelt worden, bei denen eine besondere Wellpappenwand ein Herausfallen der Erde aus den Blumentöpfen verhindert und die ganze Pflanze gegen Beschädigung geschützt ist. Blumensträuße und Schnittblumen werden auch in Wellpappenschachteln verand.

Düstere Zukunft.

Wenn man die trostlose gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes und die Lage der Arbeiterschaft näher ins Auge faßt, so möchte man fast glauben, daß es kaum noch schlimmer werden könne. Und doch stellen die besten Kenner des deutschen Wirtschaftslebens diesem schon eine „baldige weitere erhebliche Verschlechterung“ — und sogar von langer Dauer — in Aussicht. So schreibt u. a. der bekannte Volkswirtschaftler Georg Bernhard in der „Börslichen Zeitung“:

„Alles Schöne, was über Rationalisierung gesagt und geschrieben wird, wird die deutsche Wirtschaft aus der erwachsenden Schwierigkeit nicht hinausführen. Nicht einmal die sogenannte normale Arbeitslosigkeit wird sich vorläufig beseitigen lassen. Denn vermutlich wird erst im Herbst die Hauptäußerungsaktion der deutschen Industrie einsetzen, wenn die inzwischen umgestellten arbeitsfähigen Werte die dann einfindenden niedrigen Preise dazu benutzen, um ihre Arbeit durch den erzielten größeren Umsatz rentabel zu machen. Dann wird es im Gebälk der kleinen Unternehmungen tragen. Dann werden zunächst neue Arbeiter frei gesetzt. Und dann wird plötzlich die Regierung radikalisierten Arbeiterparteien gegenübersehen, deren Murren sie sehr unsanft aus dem Schlaf wecken wird.“

Trotzdem solche Warnungen von allen Seiten ertönen, ist jetzt der deutsche Reichstag bis zum November in Ferien gegangen und verhält die Regierung sich völlig passiv allen notwendigen Maßnahmen gegenüber.

Niedrige Löhne gefährden den Absatz!

„Niedrige Löhne?“ Unter dieser Ueberschrift bringt das „Badische Handwerk“, Organ der Handwerkskammern Freiburg i. B., Karlsruhe, Konstanz und Mannheim, Amtliches Organ des badischen Gewerbeamts und des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen eine Notiz, die einleitend mitteilt, daß es sich schon öfter mit der Frage der Löhne beschäftigt habe und Erhebungen unter dem Handwerk veranstaltete über die Frage, welchen Einfluß höhere oder niedrigere Löhne auf das Handwerk haben. Die Erhebungen seien noch nicht abgeschlossen, sie lassen aber erkennen, daß die Anschauungen auch im Handwerk sehr auseinandergehen. Der Verfasser dieser Notiz kommt zwar nicht ganz offen mit der Sprache heraus, er läßt aber zwischen den Zeilen lesen, daß ein guter Teil des Handwerks sich für höhere Löhne erklärt hat, denn es heißt wörtlich:

„Andere sind mehr für höhere Löhne, da der Handwerker, der selbst in seinem Betrieb tätig ist, Interesse an auskömmlichen Löhnen hat, und wieder andere erwarten von hohen Löhnen eine Steigerung der Kaufkraft, an der ja breitere Kreise des Handwerks lebhaft interessiert sind.“

Das „Badische Handwerk“ verweist zur Unterstützung dieser Richtung im Handwerk auf einen Aufsatz von Prof. M. J. Bonn in Nr. 11 des „Magazins der Wirtschaft“ und zitiert folgende Sätze:

„Für die einzelnen Unternehmer sind die Löhne Kostenelemente. Niedrige Löhne verbilligen unter sonst gleichbleibenden Umständen seine Produktion. In einer von der Inflation zerrütteten Volkswirtschaft stellt aber die Gesamtheit der Arbeitslöhne die Kaufkraft dar. W i n d e r t man diese Kaufkraft durch Drücken der Löhne, dann erreicht man zwar Verbilligung der Lohnkosten, man schränkt aber den Absatz so ein, daß die Ausnützung der Werke nur beschränkt möglich ist und die Kosten wieder verteuert werden.“

Dazu kommt noch, daß hohe Löhne die treibende Kraft aller arbeitssparenden Prozesse sind. Amerika produziert nicht deswegen billig, weil es arbeitssparende Organisationen und Maschinen hat, es hat vielmehr arbeitssparende Einrichtungen, weil die Löhne hoch sind, die Einsparung von Arbeit notwendig und der Absatz ausdehnungsfähig ist. In den letzten 4 Jahren sind die Preise um 63 Proz., die Löhne dagegen um 107 Proz. gestiegen.

Niedrige Löhne sind aber auch eine Gefährdung auswärtigen Absatzes. Es ist eine Selbsttäuschung schlimmster Art, anzunehmen, daß unsere Konkurrenzländer sich den Absatz von Waren auf die Dauer gefallen lassen, deren Verkaufspreise im Innern höher stehen als im Auslande. Die Antidumpinggesetzgebung der großen Industrieländer ist heute so gefaßt, daß niedrige Löhne, längere Arbeitszeiten, höhere Preise im Innern als im Ausland ohne weiteres als Dumping behandelt werden können. Diese Wege der Verbilligung der Produktionskosten sind der deutschen Wirtschaft als Dauerwege verschlossen.“

Das was Professor Bonn hier sagt und vom „Badischen Handwerk“ zustimmend weitergegeben wird, entspricht den Auffassungen der Gewerkschaften in der Lohnpolitik, findet aber weder beim Handwerk noch bei der Großindustrie Gehör. Erfreulich ist, daß sich die süddeutschen Handwerkervereinigungen zu diesem Standpunkt bekennen und es wäre zu hoffen, daß dieses Bekenntnis auch in die Tat umgesetzt wird. Der Verbandsvorsitzende des Badischen Buchbindermeisterverbandes, der viel Interesse an der Hebung des Handwerks zeigt, hätte gerade in jetziger Zeit die beste Gelegenheit, seine übrigen Kollegen auf das Bekenntnis der badischen Handwerker aufmerksam zu machen und seinen ganzen Einfluß anzuwenden, damit überall danach gehandelt wird. Bgl.

Eigenhilfe.

Nach längerem Warten hat nun auch die „Eigenhilfe“, Feuer- und Sachversicherungsgesellschaft Hamburg, ein auf gemeinnütziger Grundlage beruhendes Unternehmen der Genossenschaften und Gewerkschaften, ihren Betrieb eröffnet. Es sei daher allen organi-

sierten Arbeitern die Kongreßbeschlüsse in Erinnerung gerufen, durch die sie verpflichtet sind, bei ihren eigenen Unternehmungen Versicherungsschutz zu suchen.

Wem die Erhaltung seiner teuer erworbenen Habe am Herzen liegt, wer sich gegen ein plötzlich hereinbrechendes Unglück schützen will, der verschere schleunigst bei der „Eigenhilfe“ und sorge gleichzeitig dafür, daß dieselbe überall Eingang findet.

Bei billiger Prämienberechnung werden sämtliche Versicherungen gegen Feuer, Einbruchdiebstahl usw. übernommen. Im Schadensfalle wird eine fulsante Regulierung zugefagt.

Anfragen sind zu richten an die örtlichen Vermittlungsstellen, das sind die Geschäftsstellen der Konsumvereine und der Volksfürsorge.

Gesetzliche Urlaubsregelung.

Während in anderen Ländern der bezahlte Urlaub für die Arbeiterschaft teilweise längst seine gesetzliche Regelung gefunden hat, harren die Arbeiter Deutschlands bisher vergeblich auf ein solches Gesetz. Dagegen hat der Kammerausschuß Frankreichs kürzlich seinen Bericht über den Gesetzentwurf betr. den bezahlten Urlaub vorgelegt, der nach einjähriger Betriebszugehörigkeit einen jährlichen Urlaub von mindestens 8 Tagen, nach 2 Jahren von mindestens 15 Tagen vorsieht. Die Feriendauer wird erhöht bei gesundheitsgefährlichen Arbeiten sowie für Jugendliche unter 18 Jahren. Die Ferien sind unabbdingbar.

Ebenso hat die Luxemburgische Kammer jüngst in erster Lesung über einen Gesetzentwurf betr. den bezahlten jährlichen Urlaub beraten. Sie hat einen Abänderungsantrag angenommen, der allerdings gegenüber dem Entwurf eine erhebliche Verschlechterung bedeutet. Die Regelung erstreckt sich sowohl auf die Zahl der Dienstjahre als auch auf die Zahl der Urlaubstage. Nachstehende Uebersicht zeigt die ursprüngliche und die neue Fassung des Gesetzes:

Entwurf:	
nach 3 Dienstjahren . . .	10 Tage
nach 5 Dienstjahren . . .	20 Tage
Neue Fassung:	
nach 1 Dienstjahre . . .	4 Tage
nach 2 Dienstjahren . . .	5 Tage
nach 10 Dienstjahren . . .	7 Tage
nach 20 Dienstjahren . . .	12 Tage

Klebearbeiten bei widerstandsfähigen Papieren.

Bei dem Kleben harter Papiere treten mancherlei Schwierigkeiten auf, die nur durch Anwendung von Gegenmaßnahmen behoben werden können. Derartige Papiere sind in trockenem Zustande manchmal sehr schwierig zu verarbeiten. Die Klebung fällt dann unzulänglich aus, die aufgeklebten Papiere haften nicht, plagen ab, es bilden sich Blasen oder andere Hohlstellen usw. Solche Mängel treten manchmal auch erst nach Fertigstellung der Arbeit in Erscheinung, so daß an eine Besserung dann nicht mehr zu denken ist.

Bei glanzlosen, nicht abfärbenden und weniger empfindlichen Papieren, die Feuchtigkeitsvertragen, werden die zu verarbeitenden Stücke, wenn nicht besondere Gründe dagegen sprechen, vor dem Auftrag des Klebstoffes angefeuchtet. Dadurch wird das Material geschmeidig gemacht und der Klebstoff kann nicht vorzeitig trocknen. Andererseits wird durch das Anfeuchten eine Vordehnung erzielt, die einer glatten Verarbeitung zugute kommt. Durch das Anfeuchten wird auch dem Einrollen nach dem Klebstoffauftrag vorgebeugt, weil dadurch selbst den stark zum Einrollen neigenden Papieren die Spannkraft genommen wird. Das Anfeuchten erfolgt je nach Papierart bei jedem einzelnen Blatt oder es wird wechsellweise ein Blatt gefeuchtet und ein trockenes dazwischengelegt bzw. die gefeuchteten Blätter werden mit trockenem durchschossen. Das Ganze wird dann in Stapeln aufgeschichtet, zwischen Zinkbleche gelegt, beschwert und nachtsüber liegen gelassen. Während dieser Zeit verteilt sich die Feuchtung gleichmäßig, so daß der Widerstand, z. B. bei Rollenpapier, vollkommen behoben wird. Die Feuchtung an sich soll zwar möglichst gleichmäßig ausfallen, jedoch braucht man nicht allzu ängstlich zu verfahren, da sie sich durch längeres Liegenlassen der gefeuchteten Stücke von selbst gleichmäßig verteilt. Der Klebstoffauftrag kann nachdem durch Hand- und Maschinenauftrag erfolgen. F. S.

Die widerspruchsvolle Wirtschaftsentwicklung.

Es ist allgemein bekannt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate sehr widerspruchsvoll gewesen ist. Während die Arbeitslosigkeit in immer größerer Weise zunahm und sich auch bis heute der Arbeitsmarkt nur wenig gebessert hat, ist auf anderen Gebieten eine viel durchgreifendere Besserung zu verzeichnen. Die Effektenbörse z. B. hat die Krise bisher am besten überstanden. Dieses zeigen die Zusammenstellungen, die die Commerz- und Privatbank allmonatlich in ihrem Wirtschaftsbericht vornimmt, in klarer Weise:

Goldparität	Ende Mai 1926		Ende Dez. 1925	
	Zahl der Aktien	in Proz.	Zahl der Aktien	in Proz.
unter 50 Proz.	231	26,4	346	46,4
von 50 bis 75 Proz.	234	26,6	228	27,7
von 75 bis 100 Proz.	164	18,6	182	16,1
von 100 bis 150 Proz.	220	25,1	117	8,7
über 150 Proz.	29	3,3	17	1,1
Zusammen:	878	100,0	890	100,0

An der Jahreswende betrug also die Zahl der über 100 Proz. stehenden Aktienpapiere an der Berliner Börse 134 oder 9,8 Proz. Ende Mai hingegen notierten 249 Aktienpapiere oder 28,4 Proz. über Parität, die Steigerung betrug mithin 18,6 Proz. Unter 50 Proz. bewegten sich Ende Dezember noch 46,4 Proz. Papiere, während bis Ende Mai eine Besserung um 20 Proz. erreicht wurde. Nimmt man demgegenüber die Zahl der Arbeitslosen, dann ist vom 1. Januar mit 1 498 681 Vollerwerbslosen bis zum 15. Mai, wo die Arbeitslosenziffer auf 1 743 000 emporschnellte, eine Verschlechterung von rund zwei Proz. eingetreten. Ein widerspruchsvolles Bild!

Zu demselben Resultat kommt man, wenn man die Konturse und Geschäftsaufsichten zu einem Vergleich heranzieht. Im Januar 1926 betrug die Zahl der Konturse 1968 und die der Geschäftsaufsichten 1432. Hingegen wurden im Mai 1042 Konturse und 712 Geschäftsaufsichten gezählt. Um rund 50 Proz. besserte sich also die Wirtschaftslage vom Standpunkt der Konturziffern betrachtet. Die Wirtschaftslage kann eigentlich nur vom Standpunkt des Arbeitslosenproblems als krank bezeichnet werden. Und diesem steht die kapitalistische Wirtschaft anscheinend ohnmächtig gegenüber, denn es kann nicht gesagt werden, daß man sich allzu eifrig darum bemüht, diesem freßenden Uebel abzuheilen. Kommt dann in den Herbstmonaten die natürliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes hinzu, dann wehe den maßgebenden Körperschaften, die eine Wirtschaftsgesundung nicht früh genug einzuleiten vermöchten. Die Gewerkschaften können von sich sagen, daß sie beizeiten auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht haben. Noch wäre es Zeit, eine energische Behebung des Arbeitsmarktes in die Wege zu leiten.

Tarif-Experimente in M.-Glabbad.

Bekanntlich hatte die Firma Rahe, M.-Glabbad, und mit ihr die Firmen Weiß und Zimmer und von Vohr ihrem Personal geltend, als einige Buchbinder Klagen auf Anerkennung des Reichsttarifs abhängig gemacht hatten gegen die Firma Rahe. Außerdem hatte Rahe 27 Gegenklagen erhoben. Vor dem Schlichtungsausschuß Rheindt, dem eine „Papiersachvereinigung für den Handelskammerbezirk M.-Glabbad“ angeschlossen war, wurde zwecks Schaffung eines örtlichen Tarifs, wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach Mantel und Lohn des Api Anwendung finden sollen. Zum Schluß dieser Vereinbarung heißt es ausdrücklich: „Diese Vereinbarung ist kein örtlicher Sondertarif, sie soll nur erklären, welcher Reichsttarif zur Anwendung kommt.“

Die „Papiersachvereinigung“ erhielt auf eine Anfrage an die Reichsarbeitsverwaltung über die Bedeutung der Ziffer 3 der Allgemeinverbindlichkeits-erklärung eine ziemlich deutliche Abfuhr. Trotdem rief diese erneut den Schlichtungsausschuß an zur Schaffung eines örtlichen Lohn tariffs. Besonders die Löhne der jugendlichen Arbeiterinnen sollten „zu hoch“ sein. Sie berief sich merkwürdigerweise auch auf die Löhne von Krieg und Ränderoth, trotdem doch gerade Herrn Rahe das Recht dazu entschieden bestritten werden muß.

Der Schlichtungsausschuß entschied zwar gegen unseren Einspruch, daß er zuständig sei, verkündete

aber einen Spruch, nach welchem die Apilöhne weiter gelten, erstmals kündbar zum 31. März 1927.

Ob damit die Tarifabotage in M.-Glabbad zu Ende ist? Es ist nur zu bedauern, daß sich Firmen in M.-Glabbad, mit denen wir nie ernstlich Differenzen hatten, in die Gefolgschaft eines Rahe begeben und sich dadurch mit dessen Methoden mitschuldig machen.

Hoffentlich zieht die Arbeiterchaft aus den Vorgängen die richtige Anwendung.

Rückwirkung bei Verbindlichkeitsklärung.

Ein sehr vernünftiges Urteil hat das Gewerbegericht Zwickau am 29. August 1925 erlassen (veröffentlicht in der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“ 1926, Seite 182, 183). Der Kläger war bei der Beklagten bis zum 17. Juli 1925 beschäftigt gewesen. Mit Geltung für den Betrieb der Beklagten waren durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 26. Juni 1925 die bisherigen Tariflöhne mit Wirkung vom 6. Juni 1925 an erhöht worden und dieser Schiedspruch wurde am 24. Juli 1925 durch den Schlichter für verbindlich erklärt. Der Kläger forderte nun mit der Klage die Nachzahlung des Lohnunterschiedes für die Zeit vom 6. Juni bis 17. Juli 1925. Das Gericht erkannte entsprechend der Klage. Mit Recht erklärte es, daß dem Zeitpunkt des Tarifvertrabsabschlusses der Tag, an dem der später für verbindlich erklärte Schiedspruch gefaßt werde, gleichgestellt werden müsse; die Verbindlichkeitsklärung wirke zurück auf den Tag des Schiedspruchs, und zwar auch zugunsten der inzwischen entlassenen Arbeiter.

Patente in der Papierindustrie.

„Viele fühlen sich berufen, aber wenige sind ausertoren.“ Diese Variante des bekannten Bibelwortes fällt einem ein, wenn man die zahlreichen Patentanmeldungen mit den geringen Zahlen der vom Patentamt gewährten Patenterteilungen vergleicht. So sind für Papier- und Pappenerzeugnisse sowie Verarbeitung im Jahre 1925 insgesamt 1219 Patente angemeldet worden, von denen nur 146 zur Erteilung gelangten. Wesentlich günstiger stellen sich die entsprechenden Zahlen der beiden Vorjahre. So standen 1924 793 Anmeldungen 147 Patenterteilungen und im Jahre 1923 554 Anmeldungen 180 Erteilungen gegenüber.

Für Buchbinder, Briefordner usw. führten im Jahre 1925 von 348 Anmeldungen 76 zur Erteilung eines Patentes, während im Jahre 1924 281 Anmeldungen noch 80 und im Jahre 1923 — 221 Patentanmeldungen 84 Erteilungen eines Patentes gegenüberstanden.

In der Papier- und Pappenherstellung standen im Jahre 1925 335 Patentanmeldungen 85 Erteilungen gegenüber, während auch hier das Verhältnis in den beiden Vorjahren wesentlich günstiger war, nämlich 1924 282:110 und 1923 225:156.

Inhaltsverzeichnis.

Die Not der Ausgesteuerten.
Entscheidungen zu unseren Reichsttarifverträgen. Kartonnagen-Tarif.
Der ADBB. zur Wirtschaftslage.
Die Gelben fordern die Anerkennung als Gewerkschaften.
„Die wirtschaftliche Lage.“
Der ADBB. zur Gefolgs-Ausstellung.
Mehr Opferkinn.
Buchbinderklagen gegen Regiebetriebe.
Unsere Ehrenurkunde.
Mensch und Technik.
Unsere alten Kämpfer! (Gedicht.)
Unsere Jugend: Auf Reisen (Gedicht). — Der Bundesauschuß an die Jugend. — Die Ausbildung der Arbeiterjugend. — Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. — Führerkursus für die Gewerkschaftsjugend. — Der nächste Krieg. — Jugendwohlfahrtspflege und Krankenkassen. — Aussehen der Lehrlinge.
Wellpappentactons anstatt Holzstiften.
Düstere Zukunft.
Niederige Löhne gefährden den Absatz! Eigenhilfe.
Geheime Urlaubstregelung.
Abearbeiten bei widerspenstigen Papieren.
Die widerspruchsvolle Wirtschaftsentwicklung.
Tarif-Experimente in M.-Glabbad.
Rückwirkung bei Verbindlichkeitsklärung.
Patente in der Papierindustrie.
Berichte.
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Karten zur Arbeitslosenstatistik. — Abrechnungen.
Sierbetafel.

Berichte.

Saarbrücken. Es wird die Kollegenschaft Deutschlands wohl interessieren, daß die Arbeiterschaft des Saargebietes im allgemeinen und unsere Berufsangehörigen im besonderen unter dem fortgesetzten Sturz des französischen Franken sehr zu leiden hat. Durch die schnell fortschreitende Inflation ist es kaum mehr möglich, die früheren Reallohne zu halten. Es wird daher jetzt versucht, die Löhne auf eine wertbeständige Grundlage zu bringen. Bei der Einstellung der Saarregierung ist jedoch der Erfolg sehr zweifelhaft. Trod der niedrigen Löhne haben die Unternehmer in letzter Zeit wiederholt versucht, weibliche Hilfskräfte mit Gehilfenarbeiten zu beschäftigen. Geht es so weiter, dann ist unser Gewerbe von den sonst angeblich so sehr um die Hebung des Handwerkes besorgten Unternehmern selbst völlig auf den Hund gebracht. Hoffentlich lernt unsere Kollegenschaft daraus, wie dringend notwendig ein fester Zusammenschluß im Verband notwendig ist.

Der Arbeitsmarkt ist jedoch im ganzen graphischen Gewerbe ein sehr guter zu nennen. Es ist das ja eine Erscheinung, die andere Länder während ihrer Inflationszeit ebenfalls kennen gelernt haben.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Karten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen an alle Zahlstellen und Gaue gelangt worden. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Wirtschaftslage bitten wir um reifliche und pünktliche Berichterstattung von allen Zahlstellen.

Ganz besonders machen wir noch darauf aufmerksam, daß diesmal wieder die Zahl der jugendlichen Mitglieder mit angegeben ist, also alle männlichen sowie weiblichen Mitglieder unter 18 Jahren.

Die Berichtarten über den Geschäftsgang in den Betrieben sind den Zahlstellen mit größeren Betrieben wieder in demselben Umfang zugegangen.

Alle Karten bitten wir so rechtzeitig abzusenden, daß wir spätestens am 3. August im Besitz derselben sind.
Der Verbandsvorstand.

Abrechnungen.

Vom zweiten Quartal gingen weiter bis zum 27. Juli bei der Verbandskasse ein von:

- Kofort 296,75 Mkt. = Bielefeld 1500 Mkt., Göttingen 70,25 Mkt., Kassel 320 Mkt., Minden 173,50 Mkt., = Dortmund — Mkt., Gummersbach-Ränderoth — Mkt., Hagen 182,55 Mkt., = Krefeld 504,25 Mkt., M.-Glabbad 100,— Mkt., = Heidelberg 164,58 Mkt., Gumburg — Mkt., = Erfurt 475,— Mkt., Gehren — Mkt., Gera 310 Mkt., Langensalza 700 Mkt., Schmölin — Mkt., Zeitz — Mkt., = Annaberg-Buchholz — Mkt., Dresden 7347,40 Mkt., Grimma 2251 Mkt., Leipzig 12 277,60 Mkt., = Heilbronn 1650 Mkt., Kirchheim-Teck 100 Mkt., = Gau Nordbayern 47,90 Mkt., Bayreuth — Mkt., Nürnberg-Fürth 2283 Mkt., Regensburg — Mkt., Würzburg 1000 Mkt.

Sierbetafel.

- Im Monat Juli sind uns folgende Mitglieder als verstorben gemeldet:
- Buchholz: Lina Günther, Prägeriarbeiterin, Herzleiden.
 - Theodor Olsbricht, Präger, 65 Jahre, Magenleiden.
 - Dresden: Martha Hutmann, Kartonnagenarbeiterin, 52 Jahre, Herzkrankheit.
 - Anna Köppl, Kartonnagenarbeiterin, 62 Jahre, Herzschlag.
 - Margarete Goldammer, Kartonnagenarbeiterin, 39 Jahre, Herzbeutelwässerflucht.
 - Melitta Mildner, Papierwarenarbeiterin, 50 Jahre, Lungentuberkulose.
 - Liesbeth Müller, Kartonnagenarbeiterin, 24 Jahre, Nierenentzündung.
 - Gummersbach-Ränderoth: Karl Burger, Herzschlag.
 - Hannover: Gottlieb Müller, Buchbinder, 73 Jahre, Bruchoperation.
 - Schma bei Buchholz: Otto Weigel, Präger 55 Jahre, Herzleiden.
- Allen ein ehrendes Andenken!